

# PRESSEINFORMATION

Potsdam, 12. Januar 2010

## Einheitlicher Ansprechpartner beim Datenschutz – besserer Schutz der Bürger durch mehr Unabhängigkeit

*Potsdam* - Die Innen- und Rechtspolitiker der Koalitionsfraktionen haben sich auf Zusammenlegung und Stärkung der Datenschutzbehörden geeinigt. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird heute von beiden Fraktionen beschlossen und nächste Woche dem Landtag zugeleitet.

Das Gesetz sieht vor, die beiden Datenschutzbehörden zusammenzuführen. Zukünftig gibt es für die Bürgerinnen und Bürger einen einheitlichen Ansprechpartner für den Datenschutz. Die einheitliche Zuständigkeit der Datenschutzbeauftragten verbessert die Transparenz sowie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und kann – wie bereits der Sonderausschuss für Bürokratieabbau festgestellt hat – das Fachwissen bündeln.

Das trägt zu einer Stärkung des Datenschutzes bei. Bisher unterstanden nur öffentliche Einrichtungen der Aufsicht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, während das Innenministeriums für Datenschutzverstöße durch Privatfirmen zuständig war. Innenminister Schönbohm hat jahrelang die Zusammenlegung der Behörden abgelehnt. Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Britta Stark, erklärte: „Der Datenschutz in Brandenburg wird gestärkt und bürgerfreundlicher. Die Bürgerinnen und Bürger können sich in Zukunft an ihre unabhängige Landesdatenschutzbeauftragte wenden. Die Kontrollmöglichkeiten der Datenschutzbeauftragten werden gestärkt.“ Künftig entfällt für die Bürgerinnen und Bürger die lästige Suche nach der richtigen Aufsichtsbehörde. Einzige Aufsichtsbehörde ist in Zukunft der Landesbeauftragte für den Datenschutz. Der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion Dr. Scharfenberg unterstreicht: „Die Gefährdungen der Bürgerinnen und Bürger durch Datenmissbrauch stammen vor allem aus der Privatwirtschaft. Deshalb brauchen wir eine unabhängige und starke Datenschutzbeauftragte, die z.B. unangekündigte Kontrollen bei Arbeitgebern durchführt. Die Zusammenführung der Behörden ist ein erster Schritt bei der Stärkung des Datenschutzes in Brandenburg.“

Im Innenausschuss wird seit Jahren über die Zusammenführung der Behörden diskutiert, zuletzt nach einer Anhörung im Oktober 2008.

Mit herzlichen Grüßen

Matthias Beigel  
SPD-Fraktion

SPD-Landtagsfraktion Brandenburg – Pressestelle  
fon 0331 - 966 13 39/ 40  
fax 0331 - 966 13 41  
[www.spd-fraktion.brandenburg.de](http://www.spd-fraktion.brandenburg.de)

Alexa Lamberz  
Pressesprecherin Linksfraktion

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg – Pressestelle  
fon 0331 – 966 15 37  
fax 0331-966 15  
[www.dielinke-fraktion.brandenburg.de](http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de)